

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn D. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrengeschäft an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Beßl; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Köpcke; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirken.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lützenau, Richtenstein-Callenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

No. 143.

Freitag, den 23. Juni

1899.

Witterungsbericht, aufgenommen am 22. Juni, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 754 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 17,5° C. (Morgens 8 Uhr + 15° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 86%. Hauptwind + 15,5 Grad. Windrichtung: West. Daber Witterungsaussichten für den 23. Juni: Trübe mit Niederschlägen.

Bekanntmachung,

Zwangssinnung für das Tischler-, Glaser-, Stellmacher- und Böttcher-Gewerbe betreffend.

Nach Ablauf der Frist zur Abgabe der Aeußerungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangssinnung für das Tischler-, Glaser-, Stellmacher- und Böttcher-Gewerbe im Stadt- und Amtsgerichtsbezirke Waldenburg habe ich die hierüber geführte Liste abgeschlossen. Dieselbe liegt in der Zeit vom 23. dieses Monats ab

2 Wochen lang zur Einsicht und Erhebung etwaiger Widersprüche durch die Betheiligten im Rathhause hieselbst — Rathsexpedition — werktäglich von 8 Uhr Vormittags bis 12 Uhr Mittags und von 2—6 Uhr Nachmittags aus. Die nach Ablauf der zweiwöchigen Frist eingehenden Einsprüche müssen unberücksichtigt bleiben.

Waldenburg, am 14. Juni 1899.

Der Kommissar.
Kretschmer,
Bürgermeister.

Diejenigen Leser, welche das „Schönburger Tageblatt“ durch die Post beziehen, bitten wir, die Bestellung für das am 1. Juli beginnende dritte Vierteljahr so bald wie möglich zu erneuern, damit in der weiteren Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen an. Das „Schönburger Tageblatt“ kostet vierteljährlich nur 1 Mk. 25 Pf.

Die Expedition.

Waldenburg, 22. Juni 1899.

Welche außerordentlichen Schwierigkeiten der Beweisführung bei Strafsachen, die mit Arbeitskämpfen zusammenhängen, aus der Furcht der Zeugen vor Behelligungen durch die Ausständigen erwachsen, legt die amtliche Denkschrift zu dem Gesetzentwurf über den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses in eingehender Weise auf Seite 8 und 9 dar. Es heißt hier:

Außerordentliche Schwierigkeiten für die Beweisführung erwachsen bei Strafsachen, die mit Arbeitskämpfen zusammenhängen, aus der Furcht der Zeugen vor Behelligungen durch die Ausständigen. So berichtet der erste Staatsanwalt zu Essen unter Mittheilung mehrerer bezeichnender Einzelfälle, daß bei Strafsachen der erwähnten Art die Zeugen nur mit großer Mühe ausfindig zu machen sind, und daß vielfach die Strafverfolgung an der Scheu der Zeugen, etwas Belastendes auszusagen, gescheitert ist. Die Furcht vor ihren Standesgenossen — so bemerkt der Oberstaatsanwalt zu Naumburg — verfolgt die als Zeugen auftretenden Arbeiter bis in die Gerichtssäle hinein und bringt sie erfahrungsgemäß nicht selten in Conflict mit ihrer Eidespflicht. Auch der Oberstaatsanwalt beim Kammergerichte bemerkt, es sei vorgekommen, daß „arg terrorisirte Arbeiter ihre ursprünglichen belastenden Aussagen zurückgenommen hätten, der eine sogar trotz eiblicher Vernehmung.“ Ebenso wurde bei Strafverfolgungen aus Anlaß des Breslauer Maurer-Ausstandes vom Frühjahr 1896 die Beobachtung gemacht, daß arbeitswillige Bedrohte in der Hauptverhandlung in sehr bedenklicher Weise ihre erste, die Angeklagten belastende Aussage widerrufen und durch eine minder belastende zu ersetzen versuchten, der Erste Staatsanwalt berichtet, daß in einem Falle ein Zeuge zweifellos wegen Meines hätte verfolgt werden müssen, wenn er nicht schließlich nach Gegenüberstellung mit einem kurzen Hand geladenen Zeugen sich noch dazu bequem hätte, zu seiner früheren Aussage zurückzukehren. Ein Strafverfahren, das während des Hamburger Hafnarbeiter-Ausstandes von 1896/97 gegen einige Burtelhuber Arbeiter eingeleitet wurde, welche durch Drohungen und Beleidigungen arbeitswillige von der Arbeit zurückzuhalten versucht hatten, zog die Verurtheilung einiger Zeugen wegen Falschheits nach sich. Anlässlich eines Maurer-Ausstandes zu Frankfurt a. M. wurde ein Strafverfahren gegen einen

Agitator eingeleitet, der mehrere Arbeitswillige zur Einstellung der Arbeit durch Ehrverletzungen und Drohungen veranlaßt hatte. Wie der Regierungs-Präsident zu Wiesbaden berichtet, konnte jedoch eine andere Bestrafung des Thäters nicht eintreten, weil die Arbeitswilligen, die anfänglich sehr belästigend gegen ihn ausgesagt hatten, später aus Furcht vor den Streikenden und vor der Organisation entlastende Angaben machten; nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft haben sie selbst bei ihrer eiblichen Vernehmung nicht die Wahrheit gesagt. Aehnliche Wahrnehmungen über die Einschüchterung von Zeugen berichten — zum Theil unter Mittheilung besonders auffälliger Vorgänge und gerichtlicher Erkenntnisse — die ersten Staatsanwälte beim Landgericht I zu Berlin, beim Landgericht II zu Berlin, zu Altona, Magdeburg, Naumburg, Duisburg, Saarbrücken, der Staatsanwalt beim Landgericht I zu München und der erste Staatsanwalt zu Chemnitz. Auch in Württemberg, in S.-Altenburg, in S.-Sachsen-Gotha und Elsaß-Lothringen sind Wahrnehmungen derselben Art gemacht worden; in einem aus S.-Altenburg mitgetheilten Falle verweigerte ein von den Ausständigen beschimpfter und thätlich beleidigter Arbeiter bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung aus Furcht vor den im Saale anwesenden etwa 100 Ausständigen die Aussage und konnte erst nach einer mehrtägigen Haftstrafe dazu gezwungen werden, sein Zeugniß abzugeben.

Recht interessante Beobachtungen über den Druck, der von der organisirten Arbeiterschaft ausgeht, sind im Regierungsbezirke Potsdam gemacht worden. Es wird berichtet, daß z. B. der Kreis Teltow infolge der streifen Organisation der Baugewerksarbeiter und Bauhandarbeiter einer genauen Aufsicht unterworfen ist. Die genannten Arbeiter „leben allwöchentlich 20 bis 50 Pfennig auf eine besondere Klebelarte, für ihren social-demokratischen Verband und ebensoviel für den Streikfonds ebenfalls auf eine besondere Klebelarte, die den Karten der Altersversicherung nachgebildet sind. Wer nicht auf die Frage: „hast du auch reine Wäsche?“, die auf jedem Baue an jeden Handarbeiter gerichtet wird, sofort obige beiden vollbeladenen Karten wenigstens für die letzten zwei Jahre nachweisen kann, wird durch Gewaltmaßregeln vom Baue entfernt. Die Meister sind hiergegen ohnmächtig, wollen sie nicht, daß ihr Bau von sämtlichen Bauhandwerkern verlassen und durch Streikposten gesperrt wird.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser wohnte am Mittwoch auf Helgoland der Ankunft der Rennyachten aus Dover (England) bei. Sämmtliche Yachten gehen nach der Elbe. Die Preisvertheilung findet voraussichtlich in Kiel statt, wo der Kaiser am heutigen Donnerstag eintrifft. Auch die Kaiserin hat sich nach Kiel begeben; vorher besuchte sie Hamburg.

Ueber die vom Reichstag beschlossenen Aenderungen n

im neuen Invaliditätsgesetz wird der Bundesrath sich schon in naher Zeit schlüssig machen. Da die formellen Bestimmungen der Novelle mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft treten, so wird an die Vorbereitung der Durchführung der Neuerungen möglichst bald gegangen werden.

Der Reichstag muß am heutigen Donnerstag noch eine Sitzung abhalten, um endlich die wohlverdiente Vertagung antreten zu können. Die Sitzung am Donnerstag war schon deshalb nothwendig geworden, weil die Carolinen-Vorlage an einem Tage, dem Mittwoch, nicht in allen drei Lesungen erledigt werden konnte. Die große fast siebenstündige Reichstagsitzung von gestern hat bezüglich des Gesetzentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen noch immer keine Entscheidung gebracht; sie wird also erst heute erfolgen. Da die Annahme der Carolinen-Vorlage von vornherein gesichert war, so erregten eigentlich die kleinen Zwischenfälle, an denen die Dauerfristung so reich war, hauptsächlich Aufmerksamkeit. Das entschiedene Vorgehen des Grafen Ballestrem gegen die vom Handelsminister Briesfeld vorgenommene Rectification eines Abgeordneten erntete auf der ganzen Linken brausenden Beifall. Am heutigen Tage schließt sich nun das Reichstagshaus, um seine Pforten am 14. November erst wieder zu öffnen.

Frankreich.

Aus Paris lauten die Nachrichten ernster und immer ernster. Am Dienstag vor 8 Tagen demissionirte das Cabinet Dupuy und bis heute ist es nicht gelungen, ein neues Cabinet zu bilden. Die Stellung des Präsidenten Loubet geräth bedenklich ins Wanken, und ist ihm nicht bald das Glück günstig, denn ist der Ausbruch einer Revolution durchaus wahrscheinlich. Die Nothwendigkeit, die schuldigen Generale vom Dreyfusprozeß des Jahres 1894 zur Verantwortung zu ziehen, ist an dem gegenwärtigen Leiden in erster Linie schuld. Es findet sich keine geeignete Persönlichkeit, die im Hinblick auf die Strafverfolgung der Generale Neigung zur Uebnahme des Kriegsministerpostens hätte. Wie weit sonst noch einflussreiche Intriganten ihre Hand im Spiele hatten und das Gelingen der Bemühungen auf die Neubildung des Cabinets vereitelten, das läßt sich im Einzelnen schwer übersehen. Der nationalistiche frühere Ministerpräsident Méline soll jedenfalls eins der Hindernisse sein, die dem Zustandekommen des neuen Cabinets bisher im Wege standen. Nach Poincaré und Waldeck-Roussieu hat der Präsident jetzt mit Bourgeois Unterhandlungen aufgenommen. Weit sind dieselben noch nicht gediehen; daß Bourgeois aber unter Umständen geneigt ist, den Auftrag zur Cabinettsbildung anzunehmen, geht daraus hervor, daß er auf ein begüligtes Telegramm Loubets sofort den Haag, woselbst er sich zur Theilnahme an den Verhandlungen des Friedenscongresses aufhielt, verließ und nach Paris eilte. Man meint, daß Bourgeois die beiden verunglückten Cabinettsbildner Poincaré und Waldeck-Roussieu in das Ministerium hineinziehen werde.

England.

Mit dem Feuer spielt ein Theil der englischen Presse. Diese Blätter erörtern seit einigen Tagen die Maßnahmen, welche die Regierung im Falle eines Krieges mit Transvaal treffen würde, und berichten über Vorbereitungen des Kriegsministeriums. Sollte wirklich die englische Regierung hinter diesem leichtfertigen Treiben stehen?

Griechenland.

Ueber die kriegerischen Ereignisse im Epirus ist jetzt der Bericht des mit der Untersuchung betrauten griechischen Obersten Stratos erschienen. Er gipfelt darin, daß die damaligen Marine- und Kriegsminister Levidis und Metagas den Ausgang des Krieges leicht hätten anders gestalten können und wegen ihrer Unwissenheit, ihres Mangels an Initiative vor einen Gerichtshof gestellt werden müßten.

Aus dem Muldenthale.

Waldenburg, 22. Juni. Gestern Abend wurde hier in der Nähe der Weinhold'schen Badeanstalt der Leichnam eines ungefähr 20 Jahre alten Menschen aus der Mulde gezogen und in die hiesige Leichenhalle geschafft. Der Leichnam mochte sich bereits gegen drei Wochen im Wasser befunden haben.

Ueber die Portofreiheit der in verschlossenen Umschlägen an Soldaten gerichteten Drucksachen giebt das Reichspostamt bekannt: Das Reichsgericht hat entschieden, daß Drucksachen in verschlossenen Briefumschlägen unter der Aufschrift „Soldatenbrief, Eigene Angelegenheit des Empfängers“ portofrei zu befördern sind, weil derartige Sendungen gesetzlich als Briefe anzusehen sind. Vorbedingung für die Portofreiheit ist aber, daß die Sendungen tatsächlich eigene Angelegenheiten des Empfängers betreffen.

Am Dienstag Nachmittag in der 5. Stunde erhängte sich in der Bezirksanstalt Lichtenstein der am 15. August 1849 im benachbarten Grumbach geborene Pflanzling Friedrich August Vogel. Derselbe wurde polizeilich aufgehoben und in die Lichtensteiner Leichenhalle überführt. Anbauende Krankheit ist als Ursache des Selbstmordes anzusehen.

Die am 18. Nov. 1898 in Chemnitz verstorbenen Frau Christine Caroline verwitwete Schuricht, verwitwet gewesene Schöppler geb. Martin hat testamentarisch der Schulgemeinde Langenberg ein Kapital von 2000 Mark ausgelegt mit der Bestimmung, daß diese Stiftung den Namen: „Ernst Schöpplers, Martins Enkel Stiftung“ führen soll. Nach dem Willen der Erblasserin sollen von den Zinsen in Langenberg geborene, die dortige Schule besuchende, arme Kinder, welche der Schulvorstand für würdig und bedürftig hält, mit Schulentfalten, Kleidungsstücken u. bedacht werden. Auch kann ein Theil der Zinsen zu einem kleinen Fest oder Ergözzlichkeit für die Schulkinder Verwendung finden.

Die Sächsischen und Bayerischen Staatsbahnen-Verwaltungen beabsichtigen auch in diesem Jahre wieder zur Erleichterung des Besuchs der Bayerischen, sowie der Tiroler und Schweizer Alpen Sonderzüge nach München, Salzburg, Bad Reichenhall, Ruffstein und Lindau abzulassen. Der erste Sonderzug wird am 1. Juli nur von Leipzig, Bayerischer Bahnhof abgehen, während die weiteren Züge am 14. und 15. Juli, sowie am 14. August je von Dresden, Chemnitz und Leipzig aus verkehren. Die Abfahrt erfolgt von Leipzig (Bayer. Hof.) aus am 1. und 15. Juli 3 Uhr 30 Min. Nachm., am 14. Juli aber und am 14. August 9 Uhr — Min. Nachm., von Dresden-Altfeld (Hauptbahnhof) aus am 14. Juli und 14. August 6 Uhr — Min. Nachm., am 15. Juli aber Nachm. 1 Uhr 25 und von Chemnitz aus am 14. Juli und am 14. August Nachm. 9 Uhr — Min. und am 15. Juli 5 Uhr 25 Min. Nachm. Auf den Stationen der östlichen preussischen Staatsbahnen, und zwar in Breslau, Brieg, Dittersbach, Glogau, Hirschberg, Liegnitz, Neisse, Dels und Schweidnitz werden zu den am 14. Juli, 15. Juli und 14. August verkehrenden Sonderzügen billige Anschlussrückfahrten nach Görlitz in Verbindung mit Sonderfahrkarten von Görlitz ausgegeben. Alles Nähere über die Ankunftszeiten der Sonderzüge in München, und über die Weiterführung dieser Züge nach Salzburg, Lindau u. s. w., sowie die speciellen Angaben über die bedeutend ermäßigten Fahrpreise, über die in Salzburg, Ruffstein und Lindau ausliegenden Anschlussfahrkarten und Abonnementkarten nach den Alpen, ferner über die sonstigen Bestimmungen sind aus der jetzt erschienenen Uebersicht über die genannten Sonderzüge zu ersehen, welche auf Verlangen bei allen größeren sächsischen Staatsbahnhöfen, sowie bei den Ausgabestellen für zusammenstellbare Fahrscheine in Leipzig (Grimmaische Straße 2), in Dresden-Altfeld (Wienerstraße Nr. 2) und in Chemnitz (Albertstraße Nr. 4) unentgeltlich abgegeben wird. Brieflichen Bestellungen sind zur Frankung 3 Pfg. in Marke beizulegen.

Am 1. April war der Zeitraum abgelaufen, bis zu welchem die bestehenden Innungen ihre Verfassungen den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1897 entsprechend umzugestalten hatten. Sie konnten entweder freie Innungen bleiben und sich darauf beschränken, ihre

Satzungen den veränderten gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, oder sie stellten bei der Kreisobermannschaft den Antrag auf Bildung einer Zwangsinnung für bestimmte Gewerkszweige. Es sind insgesamt 162 Zwangsinnungen entstanden, darunter befinden sich 28 Neubildungen von Innungen. In der Bildung begriffen waren am 1. April noch 207 Zwangsinnungen, hierunter 90 reine Fachinnungen. Die Zahl der Innungen, die sich als freie Innungen organisiert haben, beträgt insgesamt 707, hierunter 14 neu errichtete Innungen.

In **Rochlitz** wurde die unverheiratete Stickerin Lempe in einer großen Blutlache todt aufgefunden. Die polizeiliche Feststellung hat ergeben, daß sie Selbstmord durch Zerschneiden der Pulsader versucht hatte und da dies nicht gleich gelang, hat sie sich den Hals durchschnitten.

Aus dem Sachsenlande.

In einem „Vorwärts“-Artikel war gelegentlich einer Besprechung des Urtheils im Löbtauer Landfriedensbruchprozeß behauptet worden, der oberste sächsische Gerichtshof habe oft ohne Umschweife die Angehörigen der Arbeiterklasse als minderen Rechts erklärt als andere Staatsbürger. In dieser Behauptung erblickte die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der willkürlichen Rechtsbeugung und Parteilichkeit und erhob gegen den Redacteur des socialdemokratischen „Vorwärts“ die Anklage. In der von der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts I geführten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt wegen der Schwere der Beleidigung eine Strafe von sechs Monaten Gefängniß. Der Gerichtshof aber folgte der Argumentation des Vertheidigers des Angeklagten und erklärte, der Angeklagte habe den Wahrheitsbeweis seiner Behauptung durch Vorlegung einer Anzahl von Urtheilen des Oberlandesgerichts zu Dresden angetreten, und nach der Ansicht des Gerichts sei dieser Wahrheitsbeweis bezüglich dreier Urtheile gelungen. Angesichts dessen mußte die Freisprechung erfolgen. Das sächsische Oberlandesgericht wird von diesem Urtheil wenig erbaut sein, wenn das Urtheil nicht von der Staatsanwaltschaft noch angefochten wird.

Die Studirenden der **Dresdener** Hochschulen veranstalteten anlässlich des Sonnwendtages eine glänzende Auffahrt und legten zum Andenken an Bismarck am Germaniadenkmal Lorbeerkränze nieder.

Der Festplatz für das 13. Deutsche Bundesschießen, das 1900 in **Dresden** abgehalten wird, hat einen Flächeninhalt von 150,000 Quadratmeter. Die große ungedeckte Festhalle faßt 4800 Quadratmeter. Den eigentlichen 35,000 Quadratmeter großen Festplatz, der einen Musik- und Grabenpavillon tragen soll, werden zwei Reihen von Schankstätten umrahmen. Die Schießhalle wird 344 Meter lang und mit einem Auschank versehen. 182 Scheiben werden den Schützen Gelegenheit bieten, um die zum Theil sehr werthvollen Preise zu ringen. Auf dem Festplatze werden ein Post- und Telegraphenamt, zwei Gewehrdépôts, ein Sicherheits- und eine Wohlfahrtspolizeiwache, sowie eine Sanitäts- und eine Feuerwache stationirt sein.

Nach den bei der Universität **Leipzig** eingegangenen Personalverzeichnissen der deutschen Universitäten kommt Leipzig mit 3270 Studirenden und 331 Hörern rücksichtlich der Besucherzahl wiederum an dritter Stelle. Voraus gehen ihr die Universitäten Berlin mit 4997 Studirenden und 4252 Hörern, sowie München mit 4257 Studirenden und 195 Hörern.

Ueber den Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses fand am Dienstag gegen Mittag in **Leipzig** eine Besprechung von Mitgliedern des Vorstandes des nationalliberalen Landesvereins statt, die folgende Resolution an die nationalliberale Fraction des Reichstags telegraphisch abzusenden: Angesichts der feststehenden Thatsache, daß die Socialdemokratie durch einen maßlosen Terrorismus gegen die Arbeitswilligen nicht nur die persönliche Freiheit und die ökonomische Wohlfahrt des einzelnen Arbeiters auf höchste Beeinträchtigung, sondern auch die Gesamtinteressen von Gewerbe und Industrie schädigt, erachten wir es für dringend notwendig, daß diesem Terrorismus wirksam Einhalt gethan werde. Die gesetzlich verbürgte Coalitionsfreiheit der Arbeiter muß aufs Strengste gewahrt, aber ebenso streng muß jedem Versuch eines Coalitionszwanges gewehrt werden. Dieses ist nach unserer Auffassung Sinn und Zweck des dem Reichstage von den verbündeten Regierungen vorgelegten Gesetzentwurfes zum Schutze des Arbeitsverhältnisses. Wir wünschen — vorbehaltlich einer näheren Prüfung seiner Einzelbestimmungen — das Zustandekommen eines solchen Schutzgesetzes. Prof. Dr. Biedermann; Dr. Gensel; Fabr. Habenicht; Dr. Häbler; Oberm. Pfeiffer; Dr. Stenglein.

Zur Einweihung der drei Denkmäler auf dem Hauptmarkte in **Chemnitz** (Kaiser-Wilhelm-, Bismarck- und Moltke-Denkmal) wird Se. Majestät König Albert heute Donnerstag Vormittag 1/12 Uhr in Chemnitz eintreffen. Nachmittags gegen 4 Uhr reist Seine Majestät nach Dresden zurück.

In der Bezirksversammlung des Bezirkes **Chemnitz** vom Königl. sächsischen Militärvereinsbund, in welcher 94 Vereine vertreten waren, kam bei Aufstellung

der Tagesordnung zur diesjährigen Generalversammlung zur Sprache, daß man die 400,000 M. Schulden, die noch vom Kyffhäuserdenkmal bestehen, durch eine Geldlotterie zu tilgen beabsichtigt. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß man damals so weit über die veranschlagte Summe hinausgegangen sei und dem Bundesvorstand größere Sparbarkeit empfohlen. Ein Antrag desselben, die Bundessteuer von 8 auf 10 Pf. zu erhöhen, wurde fast einstimmig abgelehnt.

Der Gemeindevorstand zu **Chrieschwitz** hat in seiner am Sonnabend Abend abgehaltenen Sitzung mit sechs gegen zwei Stimmen beschlossen, die Einverleibung des Dorfes Chrieschwitz in die Stadt **Plauen** einzuleiten. Chrieschwitz dürfte zur Zeit gegen 1700 Einwohner haben. Nach der Zählung vom 2. December 1895 betrug die Einwohnerzahl 1333.

Am Mittwoch Abend 10 Uhr wurde die Einwohnerchaft in **Hohenstein-Ernstthal** wiederum durch Feuerlärm erschreckt. Es brannte das Wohnhaus des Zimmermanns Heinig an der äußeren Dresdenstraße vollständig nieder. Zwei Scheunen mußten niedergehauen werden. Sieben Parteien, von denen nur eine versichert hat, sind obdachlos. Das Inventar konnte zum größten Theil gerettet werden.

In der am Dienstag Abend von 8 bis 1/12 Uhr in **Hohenstein-Ernstthal** abgehaltenen Sitzung des dortigen Stadtgemeinderathes wurde u. a. der Bau einer neuen Turnhalle für die 2. Bezirksschule beschlossen. Die Gesamtkosten derselben wurden mit 24,400 M. bewilligt. Ferner gelangte der Antrag, der „Erbauung eines Schlachthofes näher zu treten“, einstimmig zur Annahme.

In **Hohenstein-Ernstthal** trat am Dienstag Nachmittag ein starkes Gewitter mit heftigem Regen untermischt mit Hagelkörnern auf. Auf den Feldern wurde hierdurch viel Schaden angerichtet, die Kartoffelfurchen verschlammmt, das geschnittene Heu weggeschwemmt, der Roggen umgelegt, tiefergelegene Felder mit Schlamm und Sand bedeckt. Die Umgegend von **Gersdorf** und **Lungwitz** hat am ärgsten gelitten. In **Delsnitz i. G.** war der Regen wolkenbruchartig. In **Hohenstein-Ernstthal** schlug der Blitz in den Fabrikshornstein der Pfefferkorn'schen Fabrik, ohne Schaden anzurichten. Aus **Gersdorf** wird über das Unwetter noch berichtet: Unser Ort, sowie der untere Theil des benachbarten Oberlungwitz wurden Dienstag von einem äußerst heftigen Schloßenwetter heimgesucht. Fast eine Stunde lang schlugen kirchengroße Eisküden herab und verwüsteten Felder und Gärten. In Folge eines wolkenbruchartigen Regens schwellen die Bäche in kurzer Zeit so an, daß das Wasser die Ufer weit überfluthete und auf Feldern, in Gärten, an Ufern und Häusern sehr großer Schaden angerichtet ward.

Am Sonntag hat in **Lichtenstein** im Gasthof „Zum Grünthal“ eine öffentliche socialdemokratische Versammlung, welche von ungefähr 400 Personen beiderlei Geschlechts besucht gewesen ist, stattgefunden. Die Tagesordnung lautete: „Der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.“ Referent war Maler Schubert aus Chemnitz.

Die städtischen Collegien in **Görlitz i. G.** haben in gemeinschaftlicher Sitzung einstimmig beschlossen, die Lehrergehälter auf 1500 M. bis 3000 M. festzusetzen.

Sieben Familien obdachlos geworden sind in der Nacht zum Mittwoch in **Wildenfels**. Im Hause des Fleischermeisters Kahler brach kurz nach Mitternacht Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß es den Bewohnern nur möglich war, das nackte Leben zu retten. Die Feuerwehren vermochten den Brand nicht auf seinen Herd zu beschränken. Auch die Nachbarhäuser, den Herren Expediteur Briskel und Schneidermeister Barth gehörig, wurden noch vollständig ein Raub der Flammen. Ueber die Entstehung ist bisher nichts bekannt. Einigen Familien entfiel namhafter Schaden, da sie nur theilweise versichert hatten.

Einen schrecklichen Tod fand am Montag Nachmittag der Gutbesitzer Quaißer in **Dittelsdorf** bei Zittau. Derselbe wollte einen hochbeladenen Heuwagen in den Hof fahren und versuchte, sich am Eingange des Thores an der Seite des Wagens durchzudrängen. Dabei wurde Quaißer von dem Wagen so unglücklich an die steinerne Thorsäule gedrückt, daß der Kopf förmlich zerquetscht wurde.

Am Mittwoch Vormittag wurde dem „Dr. Anz.“ zufolge der Landgendarm in **Wedingen** bei Kadoburg von zwei Geisteskranken überfallen und ermordet.

Altenburg, 21. Juni. Die kürzlich vom Dache der sogenannten Junterei im Herzogl. Residenzschloße abgestürzten zwei Schieferbeder brauchen hoffentlich den Sturz in die Tiefe nicht mit dem Leben zu bezahlen. Zwar befinden sich beide noch im hiesigen Krankenhause, aber während der eine von ihnen noch das Bett hüten muß, ist der andere so weit wieder hergestellt, daß er ins Freie gehen darf. Vollständige Heilung ist den beiden Verunglückten von Herzen zu wünschen. — Der Neger, welcher durch die Fahrten mit dem Reklamewagen der hiesigen Malztaffelfabrik in einem großen Theile Mitteldeutschlands bekannt geworden war, hat kein langes Leben gehabt. Von einer Brustentzündung überfallen,

wurde er vor wenig Tagen im hiesigen Krankenhause untergebracht, um dort Heilung zu finden. Aber zu der heimtückischen Krankheit soll sich Fräulein gefügt haben, weshalb die Ueberführung des Kranken nach dem Genesungshause zu Roda sich nöthig machte. Dort hat er bald seinen Geist ausgehaucht. Der Verstorbene hieß Samuel Jones, stammte aus Liberia in Westafrika und wollte sich hier eine neue Heimat suchen. Nun wird er künftigen Freitag auf dem hiesigen Friedhofe zur letzten Ruhe begeben. Der Besitzer, die Beamten und Arbeiter der Sächsischen Malzkaffeeabrik rühmen in ihrem Nachrufe dem Verstorbenen einen biederen Charakter, ein sanftes Gemüth und große Solidität nach. — Wenn wir nicht falsch berichtet worden sind, werden in nächster Zeit die hiesigen Teiche auch von nordischen Kraftgänsen bevölkert werden. Herr Degner, welcher durch seinen ausgedehnten Fischhandel sich weiter Belanntschaft auch in den nördlichen Ländern zu erfreuen hat, sind mehrere solche Gänse zum Geschenk gemacht worden, und nunmehr ist ihm die Erlaubniß gegeben worden, diese Vögel auf die hiesigen fiskalischen Teiche auszusetzen.

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 21. Juni 1899.

11¹/₄ Uhr: Eingegangen ist die Vorlage, betr. die Vertagung des Reichstags bis zum 14. November. Das Haus ist ziemlich schwach besetzt. Am Bundesrathstische: v. Bülow, Graf Posadowsky, v. Thielmann. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erneute dritte Berathung der Vorlage, betr. die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche. Die Commission beantragt, die Vorlage nunmehr unverändert in der Fassung der dritten Lesung anzunehmen. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Brömel und des Staatssekretärs Grafen Posadowsky wird die Vorlage fast einstimmig angenommen. Es folgt die erste Berathung des Nachtragssetats, betr. den Erwerb der Carolinen etc., sowie des Handelsübereinkommens mit Spanien (Meißebeugung).

Staatssekretär v. Bülow: Unser Schutzgebiet im großen Ocean bildet bisher einen Halbkreis; durch den Erwerb der Carolinen wird der Kreis geschlossen. Gingen diese Inseln in andere Hände über, so würde dadurch unser Besitz in der Südsee auseinander gesprengt. Wir haben die Hoffnung, daß unser neuer Besitz unsern alten Besitz fördern, entwicklungs-fähiger und ergiebiger machen werde. Geriethen die Carolinen in andere Hände, so würde das nicht nur die politische Zukunft unsres Südseegebietes gefährden, sondern auch handelspolitisch und wirtschaftlich Reime vernichten, die der Entwicklung fähig sind. Die Carolinen-, Marianen- und Palao-Inseln sind ebenso wie Kiautschau alles Glieder einer Kette. Daß Spanien aus diesen Inseln nichts gemacht hat, ist noch kein Beweis für deren Wertlosigkeit. Ich will der spanischen Verwaltung nichts ex post nachsagen; aber ich glaube doch, daß, wenn diese Inseln für Spanien nicht werthvoller geworden sind, die Schuld davon weniger an den Inseln als an der Administration liegt. Alle Inseln eignen sich in vorzüglicher Weise für den Plantagenbau, namentlich wegen ihres Wasserreichthums, sie haben besonders auch vorzügliche Häfen und Ankerplätze, was um so größere Bedeutung hat, als es den Marshallinseln an solchen Häfen fehlt. Die Einwohner sind gutartig und bildungsfähig. Bei aller Aufrechterhaltung der Autorität werden wir der Pflichten eingedenk sein, welche unsre Kultur und unser christlicher Glaube uns auferlegen. In confessioneller Beziehung werden wir uns selbstverständlich leiten lassen von dem Grundsatz strengster Parität, und die Missionen aller Con-fessionen gleichmäßig fördern. Nun zum bedenklichsten Punkt: den Kosten! Ohne Geld waren die Inseln nicht zu haben. (Heiterkeit.) Ich glaube aber versichern zu können, der Preis ist ein angemessener. Für eine einzige der Carolinen haben die Amerikaner vor noch nicht langer Zeit 4 Millionen gegeben. Unsere Beziehungen zu unsern nächsten Nachbarn, Amerika und Japan, werden sich nur vertrauensvoller gestalten. Den Japanern bringen wir aufrichtige Sympathien entgegen und sind weit davon entfernt, die aufsteigende Lebenslinie dieses Volkes kreuzen zu wollen. Auf der großen Straße der Südsee ist Platz für Alle. Wir haben mit Spanien ein ehrliches Geschäft gemacht, es giebt hier kein Uebervorteilen; beide Theile können gleich zufrieden sein. Für Spanien sind die Inseln nur Bruchstücke eines eingestürzten Gebäudes, für uns sind sie Streben und Pfeiler für einen neuen und, so Gott will, zukunftsreichen Bau. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Inseln wegen ihrer Fruchtbarkeit, Continuität und geographischen und politischen Lage zu einer Colonie erwachsen werden, welche für unsern Handel und unsre Wachstüftung sich als segensvoll erweisen wird. Die Erwerbung dieser Inseln ist eine neue bedeutsame Etappe auf dem Wege unsrer Colonialpolitik.

Abg. Lieber (Str.): Meine Freunde theilen die Hoffnungen voll auf, welche der Staatssekretär geäußert, aber wir wissen auch, daß es dazu schwerer andauernder und hingebender Arbeit deutscherseits bedürfen wird, namentlich einer Bemüthigung darüber, daß bei dem Kaufvertrage jeder Einzelne vermieden worden sei, als hätten wir uns die gedrückte die Cortes die Sache so rasch erledigt haben, daß sie auch dem Reichstage noch vor der Vertagung habe vorgelegt werden können. Was die Missionen angeht, so hoffe er, daß nach Analogie der Congoacte, derzufolge auch auf außereuropäischen Gebieten die Jesuiten Zutritt haben, dies auch auf den neuen Colonien der Fall sein werde. Gegen das Handelsabkommen sei einzuwenden, daß dieses nur auf 5 Jahre, also nur um 1/2 Jahr über den 31. December 1903, den Termin, wo im Allgemeinen unsre jetzigen Handelsverträge ablaufen, hinausreicht.

Staatssekretär v. Bülow: Ich habe die Besorgnisse des Abg. Lieber mit Dank gehört, aber ich glaube, daß die Besorgnisse des Abg. Lieber durch die Besorgnisse des Abg. Lieber nicht zu rechtfertigen sind. Die Cortes haben die Sache so rasch erledigt haben, daß sie auch dem Reichstage noch vor der Vertagung habe vorgelegt werden können. Was die Missionen angeht, so hoffe er, daß nach Analogie der Congoacte, derzufolge auch auf außereuropäischen Gebieten die Jesuiten Zutritt haben, dies auch auf den neuen Colonien der Fall sein werde. Gegen das Handelsabkommen sei einzuwenden, daß dieses nur auf 5 Jahre, also nur um 1/2 Jahr über den 31. December 1903, den Termin, wo im Allgemeinen unsre jetzigen Handelsverträge ablaufen, hinausreicht.

Abg. Lieber (Str.): Meine Freunde theilen die Hoffnungen voll auf, welche der Staatssekretär geäußert, aber wir wissen auch, daß es dazu schwerer andauernder und hingebender Arbeit deutscherseits bedürfen wird, namentlich einer Bemüthigung darüber, daß bei dem Kaufvertrage jeder Einzelne vermieden worden sei, als hätten wir uns die gedrückte die Cortes die Sache so rasch erledigt haben, daß sie auch dem Reichstage noch vor der Vertagung habe vorgelegt werden können. Was die Missionen angeht, so hoffe er, daß nach Analogie der Congoacte, derzufolge auch auf außereuropäischen Gebieten die Jesuiten Zutritt haben, dies auch auf den neuen Colonien der Fall sein werde. Gegen das Handelsabkommen sei einzuwenden, daß dieses nur auf 5 Jahre, also nur um 1/2 Jahr über den 31. December 1903, den Termin, wo im Allgemeinen unsre jetzigen Handelsverträge ablaufen, hinausreicht.

Abg. Haffke (nl.) stimmt im Namen seiner Partei der Vorlage zu. Abg. Graf Kanitz (conf.) erklärt, seine Freunde würden

zwar ebenfalls der Vorlage zustimmen, aber der Vortheil dabei scheine ihm mehr auf Seiten Spaniens zu liegen, namentlich auch bei dem Handelsabkommen. Auf eine Erwiderung des Unterstaatssekretärs v. Richt-hofen erklärt Abg. Wiemer (fr. Bg.), seine Partei sei nicht grundsätzlicher Gegner jeder Colonialpolitik; aber diese Erwerbung der Südsee-Inseln sei das Muster einer Colonial-politik, wie sie nicht sein soll. Der Eintrag steht außer Ver-hältniß zu dem zu erwartenden Nutzen. Redner sucht dann näher nachzuweisen, daß die Inseln irgendwelchen Gegen-werth für die 17 Millionen nicht böten.

Staatssekretär v. Bülow: Der Vorredner hat von den Inseln eine Beschreibung entworfen, bei der mir die Haare zu Berge stehen würden, wenn ich nicht wüßte, daß der Vorredner die Inseln so wenig kennt, wie ich. Und ich meine, ein Quentchen eigener Anschauung ist mehr werth, als ein Centner von Vorstellungen. Unsre hervorragenden Geo-offiziere urtheilen günstig über die Carolinen und Marianen. Redner citirt Gutachten von Knorr, Diederichs und Andern. Man könne nicht einfach danach rechnen, um wie viele Quadratkilometer und Einwohner es sich handle. Die große Politik könne nicht bloß rechnen nach Grundsätzen von Adam Riese. Fürst Bismarck habe die Carolinen als Lumperei bezeichnet nur gegenüber der Gefahr eines großen Krieges. Ich habe die Rede des Abg. Wiemer schon vorher in Gestalt von Artikeln aus der „Freisinnigen Ztg.“ nach Madrid telegraphirt, wo sie als argumentum e contrario wirkte und die Annahme durch die Cortes beschleunigte. Wenn wir Alle, des trüben Habers müde, schon unter dem grünen Rafen schlummern werden, werden noch unsere Kindes-kinder sich der Carolinen freuen.

Abg. Graf Arnim (conf.) betont die nationale Bedeu-tung des Erwerbs der Inseln. Abg. Liebknecht (Sodem.), anknüpfend an einen Hinweis des Vorredners auf Samoa, erklärt solche Erinnerung für sehr unvorsichtig. Gerade auf Samoa hat sich das Verderb-liche der deutschen Colonialpolitik am meisten gezeigt. Und was haben wir denn bis jetzt von Kiautschau? Nur Kosten! Redner erklärt sich entschieden gegen die Vorlage. Wenn je ein thörichtes Wort gesprochen worden, so ist es das Wort: Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser. Die Colonialpolitik der Regierung hat uns lächerlich und verächtlich gemacht. (Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen dieser Neußerung zur Ordnung.) Wir verwerfen diese Colonial-politik mit der ganzen Politik des deutschen Reiches, die weiter nichts ist als ein Zuchthaus-Kurs!

Abg. Baasche (nl.) mündet sich zunächst gegen die Ueber-treibung, daß das deutsche Reich nichts als ein Zucht-haus sei, tritt dann für die Vorlage ein und widerspricht dann der Auffassung des Grafen Kanitz, daß das Handelsabkommen Spanien viel mehr Vortheile biete als uns. Wir sollten froh sein, wenn es uns jetzt gelänge, den verlorenen Absatzmarkt in Spanien zurückzugewinnen.

Abg. Schröder (fr. Bg.) wird mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen. Er hoffe, daß das gebrannte Kind das Fe. er scheue, und daß unsre Colonialverwaltung die in anderen Colonien gemachten Fehler hier bei der Verwaltung des neuen Besitzes vermeiden werde. Ueber den positiven Werth der Inseln lasse sich schwer genau aburtheilen. Für ihn und seine Freunde sei entscheidend, daß es sich hier um eine große politische Action unsrer Regierung handle, die so-wohl für unsre Handelsbeziehungen, wie auch für unsre poli-tischen Beziehungen von hohem Werthe sein dürften.

Abg. Deinhardt (nl.) begrüßt das Handelsabkommen mit Freude. Abg. Köstke (Bd. der Landw.) ist von den Erklärungen vom Bundesrathstische, daß die Meißebeugung Spaniens unsre künftige Tariffreiheit nicht beeinträchtige, noch nicht ganz befriedigt; auch hegt er wegen der Weineinfuhr Bedenken. Nach kurzer Entgegnung von Richt-hofens wünscht Abg. Lieber (Str.) noch Verthigung darüber, daß auch der Je-suiten-Orden auf den Carolinen zugelassen werde.

Staatssekretär v. Bülow erklärt, daß das Jesuitengesetz für die Carolinen wie überhaupt die Schutzgebiete nicht gelte. Damit endet die Debatte. Der Nachtragssetat wie das Handelsabkommen werden, da commissarische Be-rathung nicht beantragt ist, gleich in zweiter Lesung ge-nehmigt. Darauf wird die erste Lesung der Streit-vorlage fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Posadowsky tritt einer Reihe gestern gefallener Aeußerungen entgegen. Das Gesetz sei in der vorliegenden Fassung von den verbündeten Regierungen ein-stimmig beschlossen worden. Bei der Zusammenstellung der Denkschrift sei ganz unparteiisch verfahren worden. (Lachen links.) Ueber die Thatfachen seien die unparteiischen Organe der Staatsbehörden gehört worden. (Lautes Gelächter.) Zweifel man deren Unparteilichkeit hier an, so sei das für uns vor dem Auslande nicht gerade schmeichelhaft. Auch die Statistik in der Denkschrift über die Streiks sei unanfechtbar. Wie terroristisch die Streikenden seien, beweise ein ihm soeben von vertrauenswerther Seite zugegangenes Schreiben, wonach der Terrorismus sich sogar auf die Schule, die Kinder der nicht Streikenden erstrecke. (Rufe: wo?); er werde dies an-geben, sobald er von der sofort angeordneten Ermittlung das Ergebnis erfahre. Die schwarzen Listen der Unternehmer verurtheile auch er; aber ebenso wie diese Listen treffe auch der Boykott Unschuldige. Streiks würden sehr oft in nicht be-rechtigter Weise angefangen, sondern durch den Despotismus sehr weniger Personen erzwungen. Daß dabei die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters zu kurz komme, das hielten die Socialdemokraten für ihr Recht. Man verweise so oft auf England als Mutterland, aber gerade da seien viele Vorgänge, die mit dem Streikpostenlehen in Verbindung stehen, unter Strafe gestellt.

Abg. Köstke (wildlib.) bedauert lebhaft im Interesse des Reichstags, daß dasselbe an der Vorlage theilhaftig sei, und noch mehr beklage er, daß der Bundesrath einstimmig die Vorlage beschloffen habe. Bisher habe man doch noch annehmen dürfen, daß wenigstens einzelne Regierungen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hätten. Die freisinnige Vereinigung, für die er zu reden die Ehre habe, sei durchaus Gegner der Vorlage. Herr Arendt habe gestern den geistigen Vater der Vorlage, Herrn v. Stumm, vertreten. Besterer würde aber jedenfalls seine Sache besser gemacht haben als Arendt. Man könne das aber Herr Arendt nicht weiter übelnehmen, denn es sei ja befanntlich schwer, über Dinge zu reden, von denen man nichts verstehe. (Große Heiterkeit.) Diese Vorlage ist der erste Schritt zur gänzlichen Untergra-bung der Coalitionsfreiheit, zugleich aber ein Schlag ins Gesicht des Reichstags, der schon wiederholt die Ausgestaltung des Coalitionsrechts gefordert habe. Das bürgerliche Ge-sez-buch habe der Reichstag erst zum Abschluß gebracht, nachdem

er in dieser Beziehung feierliche Zusagen erhalten habe. Der Streik ist unter Umständen die einzige Waffe des Arbeiters. Bei dem Unternehmer wird es als selbstverständlich angesehen, daß er günstige Conjunctionen ausnützt. Thue dies der Ar-beiter, indem er höhere Löhne fordere, dann werde ihm das verdacht. Sehr oft lasse sich der Unternehmer nicht einmal auf eine Verhandlung und auf eine Theilung der Forderung ein, damit es nicht heiße, die Arbeiter haben gefiegt. Er selbst sei Unternehmer, stehe mitten in der Praxis und müsse bekennen, mit organisirten Arbeitern sei viel besser zu ver-fahren als mit nicht organisirten. In dem Urtheil über die Werthlosigkeit der Denkschrift stimme er mit den Vorrednern, die sich darüber geäußert, überein. Was die heutige Erzäh-lung des Staatssekretärs von dem sich auf die Schule er-streckenden Terrorismus anlange, so habe er wohl schon oft vernommen, daß sich Kinder in der Schule zankten, auch prügelten, vielleicht weil der Vater des einen streifte, der des andern nicht. Aber er höre heute zum ersten Male, daß man so etwas als Terrorismus der Arbeiter ansehe. (Beifall und Heiterkeit.) Und was sage denn der Staatssekretär zu dem Terrorismus der Unternehmer, wie er jetzt wieder in Berlin in die Erscheinung trete, indem die Baugewerksmeister den Mörtelwerken mit Errichtung eines Concurrenzwerks drohten, falls jene Mörtel an Meister lieferten, die an der Arbeiter-sperre nicht theilnehmen wollten. Sei doch sogar beabsichtigt, die Arbeitersperre auf ganz Deutschland auszudehnen. Hier-gegen müsse von dieser Stelle aus Protest erhoben werden! Aber was sage Graf Posadowsky dazu?! Redner berührt sodann die Aeußerungen des Kaisers in Viesefeld.

Präsident Graf Ballestrem erucht ihn, nicht unbeglau-bigte Aeußerungen des Kaisers in die Debatte zu ziehen. Redner fortfahrend: Der Herr Präsident hat, soviel ich mich erinnere, neulich nur gegen die Erörterung kaiserlicher Worte Einspruch erhoben, die nicht in amtlicher Form ver-öffentlicht worden seien. Die Viesefeld'sche Rede hat aber im „Reichsanzeiger“ gestanden!

Präsident Graf Ballestrem: Dann ist das etwas Anderes. Weiter freist Redner die Deynhaußener Rede — die auch im „Reichsanzeiger“ gestanden hat! (Heiterkeit) — und be-klagt, daß die Räte des Monarchen nicht auch veranlaßt hätten, daß derselbe auch Arbeitnehmer und nicht bloß Ar-beitgeber über dies Gesetz gehört habe. Solche Grundsätze, wie sie in dieser Vorlage enthalten sind, so endet Redner, sind im 20. Jahrhundert nicht mehr haltbar. Hoffentlich wird die Vorlage noch im 19. Jahrhundert zu Grabe ge-tragen werden. (Beifall.)

Minister Brestel protestirt dagegen, daß hier gegen den constitutionellen Gebrauch verstoßen und die Person des Kai-sers in die Debatte gezogen werde. Man solle sich an den verantwortlichen Reichsanzler halten. (Unruhe links.) Der Minister erinnert sodann an den Verleschischen Gesetzentwurf, an den Saarbrücker Streik, der auch auf frivole Weise her-beigeführt worden sei. Man habe auf die Majchinen Angriffe gemacht, mit Steinen geworfen, geschossen; sei das Alles Kinderei? Die ganze gewerbliche Thätigkeit wird in Frage gestellt, wenn nicht auf gesetzlichem Wege eine Einschränkung des Terrorismus erfolgt.

Präsident Graf Ballestrem bemerkt, der Handelsminister habe die Aeußerung eines Abgeordneten rectificirt (Bezugnahme auf die Viesefeld'sche Rede Seitens des Abg. Köstke), die er, der Präsident, schon rectificirt habe. So sei ein Bundesrath-mitglied noch nie verfahren; es sei dies geeignet, die Stellung des Präsidenten herabzumindern. (Beifall links und im Centrum.)

Handelsminister Brestel erwidert, er habe nicht beabsich-tigt, der Stellung des Präsidenten zu nahe zu treten. Graf Ballestrem erwidert, er könne nur bei dem bleiben, was er gesagt habe. (Beifall und wiederholte laute Bravo-rufe.)

Abg. Haußmann (fr. Bp.) versucht nochmals auf diesen Zwischenfall zurückzukommen, wird nunmehr aber vom Prä-sidenten daran gehindert. Redner spricht gegen die Vorlage und schließt: Was Deutschland brauche, ist nicht mehr Zucht-haus, sondern mehr Freiheit! nicht mehr Urtheile, sondern mehr Urtheil! (Beifall.)

Sächsischer Bevollmächtigter Fischer erwidert auf gelegent-liche Aeußerung Köstkes, daß die Zeitungsberichte über das Dresdener Oberlandesgericht scharf kritificirende Berliner Urtheil noch kein abschließendes Bild gebe; er werde das formulirte Urtheil abwarten.

Nachdem sich auch die Abgg. v. Szarlinski (Pole) und Winterer (Elasser) gegen die Vorlage ausgesprochen, vertagt sich das Haus. Donnerstag 11 Uhr: Ver-tagungsvorlage; Fortsetzung der Berathung der Streit-vorlage, dritte Lesung der Carolinen-Vorlage. Schluß 2¹/₄ Uhr.

Bermischtes.

Allerlei. Der Kampf im Berliner Baugewerbe dürfte sich am heutigen Donnerstag noch mehr verschärfen, da 2000 Putzer die Arbeit einstellen wollen. Bezüglich der Einigungsversuche wird erklärt, daß an eine bedingungs-lose Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Ausgesperrten nicht zu denken sei. — Zu einer aufregenden Scene im Gerichtssaale kam es Mittwoch in Würzburg, wäh-rend der Verhandlung eines Beleidigungsprozesses, in dem anonyme Briefe eine Rolle spielten, und der mit der Verurtheilung der Frau eines dortigen Realgymnasial-professors zu Geldstrafe und Kosten endete. Während des Plaidoyers des gegnerischen Anwalts wurde der Kläger, ein Lehrer, infolge der Aufregung vom Schläge getroffen. Seine Tochter sank darauf ohnmächtig zu-sammen. — Im Kieler Hafen kenterte die Dampf-sampanne des Schulschiffes „Gneisenau“ nach einem Zu-sammenstoß mit einer Baggerschute und versank. Die Besatzung wurde gerettet. — Bei einem in Dieppe (Frankreich) verhafteten Abenteuerer, der sich Baron Stein-metz, auch Graf Douglas nennt, wurden deutsche Uni-formen gefunden. Er und seine Geliebte sind gefährliche internationale Hochstapler. — Die Regierung von Trin-i-dad (Britisch-Westindien) will die erste sein, die sich rühmen kann, die Marconische drahtlose Telegraphie in ihren regelmäßigen Dienst gestellt zu haben. Sie hat nämlich den Auftrag gegeben, den drahtlosen telegraphia-

ischen Verkehr mit der zu Trinidad gehörigen kleinen Insel Tobago einrichten. — Wie aus Weimar berichtet wird, bewilligte der Reichskanzler Fürst Hohenlohe dem Verein „Musterlager thüringischer Erzeugnisse“ zur Errichtung einer Zweigstelle in Sidney (Australien) vorläufig eine Unterstützung von 15,000 Mk. — Aus vielen Orten Ungarns wird gemeldet, daß am Montag und Dienstag starke Regengüsse, stellenweise mit Wolkenbrüchen und Hagelschlägen, niedergegangen sind. — Aus Newyork wird berichtet: Die Sonnenhitze ist in diesem Jahre um einen Monat früher eingetreten, als es sonst gewöhnlich der Fall ist. Nachdem seit dem 11. Mai kein Tropfen Regen gefallen war, stieg die Hitze mit Beginn des Juni zu einem um diese Jahreszeit noch nicht erlebten Grade. Am 6. Juni zeigte das Thermometer schon um 10 Uhr vormittags 33 Grad C. und um 3 Uhr nachmittags 36 Grad C. Am Nachmittag dieses Tages gab es Stellen in der Stadt, wo 45 Grad C., ja sogar 46 registriert wurden. Die gleiche Hitze herrschte an den beiden folgenden Tagen, und es erlagen ihr 25 Personen, während an hundert vom Sonnenlicht betroffen wurden. Für die Hunderttausende, welche in den Tenementhäusern und in den engen Vierteln der unteren Stadt wohnen, ist der Sommer in Newyork eine wahre Hölle. Die Leute liegen nachts fast nackt vor den Thüren.

Telegramme.

Berlin, 22. Juni. Gestern Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr ereignete sich auf dem Erweiterungsbau der Charité ein schweres Unglück. Ein bis zum 3. Stock aufgeführtes Gerüst stürzte plötzlich in sich zusammen. 3 Arbeiter, denen es gelang, zur Seite zu springen, konnten sich hierdurch retten, 4 aber wurden unter den Trümmern begraben, und zwar der Polier und 3 Zimmerleute. Erstere wurde das eine Bein fast ganz abgerissen, auch die anderen 3 sind schwer verletzt. Alle wurden in die chirurgische Abtheilung der Charité gebracht. Die Wucht des Sturzes war eine so gewaltige, daß die Balken einen Theil der Grundmauer zerstörten.

Berlin, 22. Juni. Gestern Abend fand unter zahlreicher Theilnahme ein Bismarck-Gemerk der deutschen Studentenenschaft statt. An den Kaiser wurde

ein Guldigungs-Telegramm, an den Fürsten Bismarck ein Begrüßungs-Telegramm gerichtet. Der Rector der technischen Hochschule hielt die Rede.

Berlin, 22. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach welcher demnächst keine Reichsstampfen zu fünfzig Mark ausgegeben werden.

Berlin, 22. Juni. In einer vom Verein der Arbeitgeber einberufenen Versammlung von hervorragenden Arbeitgebern des Maurergewerbes wurde gestern beschlossen, sich einem etwaigen Ausruhen der Arbeitnehmer auf Anrufung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts anzuschließen. Da die Arbeitnehmer sich hierzu bereit erklärt haben, so wird das Einigungsamt nächsten Sonnabend zusammentreten.

Endapest, 22. Juni. In Eufod kam es zwischen Bauern und Militär zu Kämpfen, wobei 3 Bauern getödtet, 3 schwer und 16 leichter verwundet wurden.

Paris, 22. Juni. Madame Dreyfus erhielt gestern ein Telegramm ihres Gatten, welches dieser an Bord des „Fay“ geschrieben hatte und das mittels eines Separatbootes nach Cap Verde gefandt worden war. Der Inhalt lautet: „Befinden gut. Ich umarme Dich und die Kinder. In Erwartung baldigen Wiedersehens... Alfred!“

Paris, 22. Juni. Ein aus der Provinz zurückgekehrter Politiker bezeichnet die Stimmung unter der Landbevölkerung, welche durch die widerwärtigen Ereignisse der letzten Wochen hervorgerufen worden ist, als eine besorgniserregende. Viele der kleinen Bürger sind infolge der täglichen Berichte über die Gefahr, in welcher die Republik augenblicklich sich befindet, sehr wankelmüthig geworden und wagen es nicht, ihre republikanische Gesinnung offen zu bekennen. Niemand, so glaubt der erwähnte Politiker, sei die Republik in so großer Gefahr gewesen, wie gerade jetzt und einem entlassenen Präsidenten würde es sehr ein Leichtes sein, die Regierung zu überrennen.

Paris, 22. Juni. In Kogrodneienkreisen wird das Zukunftskommen eines Cabinets Waldeck-Rousseau nicht mehr bezweifelt. Dasselbe würde aberwiegend radikal sein und als solcher gelte der Eintritt von Carrier, Pelletan, Rouis und Delcassé in das Cabinet.

Riga, 22. Juni. Die Anklagen gegen den General Sileta vor das Correcionstribunal zu verweisen; die Verhandlungen werden am nächsten Montag beginnen.

Haag, 22. Juni. Die italienischen, österreichischen und türkischen Delegationen unterstützen die Haltung Deutschlands in der Frage der internationalen

Schiedsgerichte. Der Schluß der Konferenz soll erst für Mitte Juli in Aussicht genommen sein.

Haag, 22. Juni. Das Schiedsgerichtcollegium wurde einstimmig angenommen und die hiesigen Gesandten ermächtigt, die Mitglieder zu ernennen.

Rom, 22. Juni. Der gestrige Ministerrath berieth über die parlamentarische Waise. Wenn kein anderer Ausweg übrig bleibt, wurde beschlossen, die Kammer zu schließen.

Rom, 22. Juni. Die Polizeibehörde wird heute das Verhör der 4 verhafteten Anarchisten beginnen, welche auf das Geständnis des Anarchisten Acciarito hier festgenommen worden sind. Bekanntlich hatte Acciarito zugegeben, ein Mitschuldiger an der Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich in Genf gewesen zu sein. Die Behörde hofft, während der Verhöre der Anarchisten die Fäden des ganzen Genfer Complottes zu entdecken.

Toulon, 22. Juni. In der Nacht vom 21. zum 22. wurde während eines heftigen Gewitters vor dem Pulverthurm eine unbekannte Person bemerkt und festgenommen. Man glaubt, diesmal bestimmt einen der Urheber der Explosionen, die sich bekanntlich kurze Zeit hintereinander ereignet hatten, entdeckt zu haben.

Kirchliche Nachrichten.

Altstadtwaldenburg. Sonnabend, den 24. Juni 1899, vormittag 11 Uhr: Wochencommunio.

Glauchau, 21. Juni. 1 Viertel Hectoliter Kartoffeln 1 Mk. 00 R. bis 1 R. 00 Pf. 1 Pfd. Butter 1 R. 20 Pf. bis 1 R. 30 Pf. Eier 2 Stück 10 Pf. bis 12 Pf. Stabfleisch: 1 Pfd. Rindfleisch 56 Pf. bis 70 Pf., 1 Pfd. Schweinefleisch 65 Pf. bis 70 Pf., 1 Pfd. Schmalz 65 Pf. bis 70 Pf., 1 Pfd. Kalbfleisch 65 Pf. bis 00 Pf., 1 Pfd. Ziegenfleisch 00 Pf. bis 00 Pf. Landfleisch: 1 Pfd. Rindfleisch 00 Pf. bis 00 Pf., 1 Pfd. Schweinefleisch 00 Pf. bis 00 Pf., 1 Pfd. Schmalz 00 Pf. bis 00 Pf., 1 Pfd. Kalbfleisch 00 Pf. bis 00 Pf., 1 Pfd. Ziegenfleisch 00 Pf. bis 00 Pf.

Altstadt, 21. Juni. 100 Kilogramm mittl. Qualität Weizen 15.00, Korn 14.80 Gerste 15.00, Hafer 15.00. Schweine, 21. Juni. Schlacht- und Viehhof. Rind: 10 Rinder, 355 Landfleisch 00 Pf. bis 00 Pf., 375 Rälber, 35 Hammel, 0 Ziegen. Preise: Rinder I. Qualität 00-00 R., II Qualität 00-00 R. u. III. Qualität 00-00 R. für 100 Pfd. Schlachtgewicht. — Landfleisch: 100 Pfd. Lebendgewicht 44-48 R. bei 40 Pfd. Tara pr. Stück. — Rälber: 100 Pfd. Schlachtgewicht R. 41-49. — Hammel 100 Pfd. Lebendgewicht 27-29 R.

Das Schützenfest in Glauchau

findet vom 24. Juni bis mit 2. Juli a. e. statt.

Alle Schützen und Freunde dieses Festes sind höflichst eingeladen.

Das Directorium.

J. A.: Groschopp, Vorsteher.

Nächste Woche Ziehung, Dienstag 27. Juni 1899 garantirt. Wohlthätigkeits-Geldlotterie

des Elf-Lotr. Kriegerlandesverbandes für seine Wittwen- und Waisenunterstützung.

Mk. 124,000 mit 3279 Geldgewinne. Haupttreffer Mk. 40,000, 20,000, 10,000.

1/1 Loose à 2 Mk., 1/2 Loose 20 Mk., 1/4 Loose à 1 Mk., 1/8 Loose 10 Mk. (Porto und Liste 25 Pf. extra) empfehlen J. Stürmer, Straßburg i. G., Langstraße 107, Generalagenten und alle durch J. Schweickert, Stuttgart, Marktstraße 5. Blatte kennt. Verkaufsstellen.

Bade-Salz

offerirt Harald Meyer. Eine gute Leinentuch ist zu verkaufen bei Emil Jäh.

Eine 1 1/2-jährige tragende Kalbe ist zu verkaufen; wo? ist zu erfahren in der Exp. d. Bl.

Fliegenleim

mit Bitterung, à Dose 20 und 10 Pfg., empfiehlt Harald Meyer.

Feinstes türkisches Pflaumenmus, außerordentlich süß und dick, empfiehlt Max Roth, Adler-Droguerie.

Zwei tüchtige Schieferdecker

finden dauernde Arbeit bei Julius Nitzsche, Bräunsdorf.

Ein junger kräftiger Arbeiter wird sofort gesucht. Schloßbrauerei Kemse.

Zu baldigem Antritt wird ein fleißiges, tüchtiges Mädchen zur Hansarbeit gegen hohen Lohn gesucht von Frau Therese Dörffel, Martinstraße 6, Glauchau.



Von Sonnabend, den 24. Juni a. e., an steht wieder ein frischer, großer Transport



hochedle Wagenpferde, sowie Arbeitspferde jeder Art, in großer Auswahl unter bekannter Reellität zu soliden Preisen bei uns zum Verkauf. **Albert & Uhlstein,** Pferdehandlung, Schiedel b. Grimmitzschau.

Schuppenwasser,

vorzügliches Mittel gegen die lästigen Kopfschuppen, à Fl. 1 Mk., empfiehlt Max Hermann, Friseur, Altstadtwaldenburg.

Fliegenleim

mit Bitterung empfiehlt in Dosen à 10 und 20 Pfg. Max Roth, Adler-Droguerie.

Nach Gottes unerforschlichem Rathschluß wurde mir meine innigstgeliebte theure Gattin, unsere treusorgende Mutter, liebe Schwester und Schwägerin

Helene Della Borta, geb. Neuber,

am 13. Juni 1/23 Uhr Nachm. durch den Tod entrissen. Allen Freunden und Bekannten dies nur hierdurch zur Nachricht. Florenz, Grimmitzschau und Dresden, am 21. Juni 1899. Heinrich Della Borta, im Namen aller Hinterbliebenen.

Postkarten mit Schlossansicht von Waldenburg

nach photographischer Aufnahme à Stück 5 Pf. sind zu haben in der Expedition des Schönb. Ztbl.

Ernte-Schube, eigenes Fabrilat, empfiehlt in jeder Größe das Schuhgeschäft von Rich. Hesth, Johannesstr. 155. Obergasse 26.

Ein Dienstmädchen, Antritt Mitte August, sucht Frau Dr. Reinhold.

Dürrengerbisdorf. Sonntag, den 25. Juni, ladet zum Sommerfest, und von nachmittags 4 Uhr an zur starkbesetzten **Ballmusik** freundlichst ein **Pohlens.**

Ziegelheim. Sonntag, den 25. Juni, ladet zum Sommerchmaus freundlichst und ergebenst ein **Louis Heinide.**

Familiennachrichten. Geboren: Fr. Dr. Max Edert in Leipzig e. L. — Fr. Philipp Paul in Limbach e. L. Verlobt: Fr. Dr. med. Andreas Carlens in Leipzig mit Fr. Wally Kästig in Torgau — Fr. Walter Ditsch in Schneeberg mit Fr. Katharina Raschig in Schönheide.

Redaction, Druck und Verlag von G. Rätzner in Waldenburg.